

# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Der Preis für die 24 num. heftige Einzelhefte im Umkreis des Bezirkes 10 Pf. (Postzusatz 2 Pf.) für die 12 num. heftigen Jahrgänge 120 Pf. (Postzusatz 12 Pf.) für die 24 num. heftigen Jahrgänge 240 Pf. (Postzusatz 24 Pf.) für die 48 num. heftigen Jahrgänge 480 Pf. (Postzusatz 48 Pf.)  
Verlags- und Druckerei: Erzgeb. Nr. 12226.  
Verlags- und Druckerei: Erzgeb. Nr. 12226.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue, Böhmj., Schneeberg und Schwarzenberg, der Stadträte in Grünhain, Böhmj., Neuläßdel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.  
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Johanngeorgenstadt.  
**Verlag G. M. Gärner, Aue, Erzgeb.**  
Verleger: Aue 51 und Pl. Böhmj. (Post Nr.) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 3510. Druckort: Aue, Erzgeb.

Wichtiges Anzeichen für die am Samstag erdichtete Kunde die vorläufige 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Das Geschäft für die Abnahme der Kassen am vorläufigen Tage (auch an bestimmten Tagen) wird nicht gegeben, auch nicht für die Abnahme der Kassen (auch an bestimmten Tagen). Die Abgabe von Kassen (auch an bestimmten Tagen) wird nicht gegeben, auch nicht für die Abnahme der Kassen (auch an bestimmten Tagen). Die Abgabe von Kassen (auch an bestimmten Tagen) wird nicht gegeben, auch nicht für die Abnahme der Kassen (auch an bestimmten Tagen).

Nr. 2.

Sonntag, den 3. Januar 1931.

84. Jahrg.

## Amthliche Anzeigen.

Nach erfolgten Neuwahlen setzt sich das Wasseramt der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg auf die Jahre 1931-1933 aus folgenden Herren zusammen:  
1. dem Amtshauptmann oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden,  
2. dem Vorstände des Straßen- und Wasserbauamtes Schwarzenberg oder seinem Stellvertreter,  
3. dem Fabrikbesitzer Freitag in Raschau als von dem Bezirksrat gewählten Mitglied,  
4. dem Kaufmann Hellig in Schwarzenberg-Sachsenfeld und  
5. dem Fabrikdirektor Fröhlich in Schwarzenberg-Neumelt als von den Mitgliedern der Unterhaltungsvereinigungen gewählten Mitgliedern,  
6. dem Fabrikbesitzer Sonderhoff in Niederschlema als Stellvertreter zu Nr. 3,  
7. dem Fabrikbesitzer Rudolf Meyer in Wittweida und  
8. dem Fabrikbesitzer Jonathan Sternkopf in Rittersgrün als Stellvertreter für die unter Nr. 4 und 5 Genannten.  
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, den 30. Dez. 1930.  
**Gefahr des Erlöschens von Grundbuchrechten.**  
Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden und Real-lasten, die der Aufwertung unterliegen, deren Aufwertungs-betrag aber im Grundbuch noch nicht eingetragen ist, erlöschen, wenn der Antrag auf Eintragung der Aufwertung des Rechts nicht spätestens

bis zum Ablauf des 31. März 1931 beim zuständigen Grundbuchamt gestellt wird. Hierzu gehören z. B. noch eingetragene Papiermarke, geldlose und infolge Vorbehalts oder Rückwirkung aufgewertete Rechte, abgetretene und für den früheren Gläubiger aufgewertete Rechte. Den Antrag kann außer dem Gläubiger auch der Eigentümer oder ein Dritter stellen, der ein rechtliches Interesse an der Eintragung hat.  
Die Amtsgerichte Aue, Böhmj., Schneeberg und Schwarzenberg, den 2. Januar 1931.  
In das Handelsregister ist eingetragen worden:  
1. am 30. Dezember 1930 auf Blatt 642, die Firma Gebrüder Gerber in Aue betr.: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Walter Rudi Gerber in Aue ist ausgeschieden.  
2. Am 31. Dezember 1930 auf Blatt 304, die Firma Philipp & Hanke in Aue betr.: Der Ofenheimeister Stanislaus Hanke in Aue ist ausgeschieden. Der Kaufmann Johannes Walter Philipp in Aue ist in die Gesellschaft eingetreten.  
Auf Blatt 506, die Firma Stern & Gauger, Verlehen-Fabrik und Haargroßhandlung, Aue i. Erzgeb. in Aue betr.: Die Firma ist erloschen.  
Amtsgericht Aue, am 2. Januar 1931.  
Sonntag, den 3. Januar 1931, vorm. 9 Uhr sollen in Wittweida-Markersdorf ca. 300 Zentner Pappenschalbe öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasth. zur Eiche. D 2205/30  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Sonntag, den 3. Januar 1931, vorm. 10 Uhr sollen in Bernsdorf 1 Baumwollmaschine und 1 Sofa öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasth. zum Lamm. D 2002/30  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.  
Montag, den 5. Januar 1931, vorm. 9 Uhr soll in Wittweida-Markersdorf 1 Horchschwanz öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasth. zur Eiche. D 3862/30  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.  
**Auß- und Brennholz-Versteigerung.**  
Hartmannsdorfer Staatsforstrevier.  
Donnerstag, den 8. Januar 1931, vorm. 11 Uhr, im Gasthof „Schl. Hof“ in Hartmannsdorf.  
2 harte Alde 19-24 cm = 0,50 fm., 6000 St. weiche Alde 7-14 cm = 269 fm., 2280 dgl. 15-19 cm = 208 fm., 1630 dgl. 20-24 cm = 213 fm., 870 dgl. 25-29 cm = 193 fm., 664 dgl. 30-pp. cm = 274 fm., 35, 4, - u. 4,5 m lang = 117 St.  
Verkäufungen Nr. 1, 456 dgl. Nr. 2, 3015 dgl. Nr. 3, 930 St. Verkäufungen Nr. 4, 2040 dgl. Nr. 5, 7320 dgl. Nr. 6, 6350 dgl. Nr. 7.  
ab 2 Uhr nachm. Brennholz:  
130 rm weiche Brennholze, 115 rm weiche Brennknüppel, 113 rm weiche Alde. Aufbereitet i. d. Wd. 5, 13, 63 (Rohschlöße), 3, 4, 11 (Vorentnahmen), 16, 22, 23, 30 (Dahlg.), 18, 31, 39 (Brüche), 19, 33 (Abjammungen).  
Forstamt Hartmannsdorf. Forsthaus Schwarzenberg.

## Allerlei Neujahrswünsche.

Hindenburg, Brüning, Groener, Herriot.

Nachdem schon vor Silvester mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten ihre mehr oder weniger zutreffenden Jahresend-Betrachtungen hatten veröffentlicht lassen, brachte der Neujahrstag selber die üblichen Rückblicke und Ausblicke. Erfahrungsgemäß haben auch diese keinen praktischen Wert, es handelt sich vielmehr um die Betätigung einer Ueberlieferung von rein akademischer Natur. Wir beschränken uns darauf, im folgenden die Stellen wiederzugeben, die uns einigermaßen von Bedeutung zu sein scheinen.

Reichspräsident von Hindenburg sagte in Erwiderung der recht farblosen Gratulationsansprache des Doyens des diplomatischen Korps, des päpstlichen Nuntius Orsenigo u. a.:

„Mit voller Zustimmung entnehme ich aus Ihren Worten, daß die Reichsregierung sich der ersten Sorge bewußt ist, wie sie sich infolge der tiefgreifenden Veränderung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse seit der Zeit entwickelt hat, als wir uns aus den von Ihnen herorgehobenen Gründen zur Annahme des „Neuen Planes“ entschlossen haben. Auch ich halte es für die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung, sich mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die sittlichen und sozialen Lebensgrundlagen des deutschen Volkes nicht erschüttert werden. Mit Ihnen bin ich ferner der Ansicht, daß die Durchführung der allgemeinen Arbeitslosenversicherung nicht nur ein Gebot internationaler Gerechtigkeit Deutschlands gegenüber, sondern auch das sicherste Mittel zu einer weltlichen Befriedung der Welt ist und daher mit allen Kräften angestrebt werden muß. Daß die Reichsregierung sich auch weiterhin die Sorge für deutsches Volkstum im Ausland und für Innehaltung internationaler Verträge zum Schutze deutscher Interessen als wichtige außenpolitische Aufgabe stellt, findet meine volle Billigung und Unterstützung.“

Bei dem Empfang der Reichsregierung führte der Ministerpräsident aus:

Die Arbeitslosigkeit ist unsere größte Sorge. Zu ihr kommt die Not der Landwirtschaft. Den unfreiwillig sterbenden Händen wieder Beschäftigung zu schaffen und dem deutschen Landwirt seine Existenzmöglichkeit zu erhalten, wird auf dem Gebiet der inneren Politik unsere erste Aufgabe sein. Zur Vollendung der begonnenen finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen wird es nicht nur der Reichsregierung, sondern auch aller Führer der Wirtschaft und darüber hinaus aller Staatsbewußten Volksgenossen bedürfen. Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Geist der Einigkeit im deutschen Volke sich festhalte und zum Zusammenschluß aller Kräfte führen möge. Dieser Wunsch hat sich leider nicht erfüllt. Im Gegenteil will es scheinen, als ob die harte Sorge um das Einzelgeschick den Gedanken an das Gesamtgeschick Deutschlands und die Zukunft unseres Vaterlandes zurückdrängt und neue Gegenstände geschaffen hat. In Wirklichkeit ist bei nächster Betrachtung das Gegenwärtige und das Trennende gar nicht von solcher Bedeutung, daß es ein Zusammengehen in den Lebensfragen unseres Vaterlandes in den Dingen, die uns aller gemeinsamen Schicksal bestimmen, verhindern sollte. Wir müssen uns nur mehr auf uns selbst besinnen, wir müssen endlich aus dem Widerstreit der eigenen Interessen den Ausweg finden. Aus dem eigenmächtigen Streben um politische Programme und um lokale Vorteile müssen wir uns empheben und zu gemeinsamer praktischer Arbeit für das Gesamt-

wohl des neuen Jahr dem deutschen Volke Sicherheit und die Kraft zu gemeinsamen Taten bringen! Dann werden wir auch die große Not bald überwinden!“

Der Reichskanzler hat außer den bereits vom „E. B.“ wiedergegebenen noch neue Neujahrsgedanken veröffentlicht. Sie werden in der Berliner Asphaltpresse als Ausfluß einer besonderen staatsmännischen Weisheit in den Himmel gehoben. Das ist Geschmacksache. Wir finden an ihnen nichts, was über den Durchschnitt der Flughöhe der Gedanken hinausgeht. Nachdem Dr. Brüning die wirtschaftliche Misere gestreift hatte, spielte er auf die nationalsozialistische Bewegung an, wobei er aber vorsichtigerweise nicht erkennen ließ, in welchem Grade sie ihm sympathisch oder unsympathisch ist. Er zog es vor, über die politische Begabung der Staatsbürger im allgemeinen sich zu verbreiten, wobei er ausführte:

Politischer Verstand oder Unterstand sind bei uns noch weniger als bei anderen Völkern des Reiches bestimmter scharfer Schichten oder Berufe. Im Gegenteil finden wir überall beides in hohem Grade. Das selbe läßt sich auch sagen von der praktisch-politischen Betätigung. So kommt es, daß unser politisches Leben so mannigfaltig ist, daß es darin quillt und drückt, daß „immer etwas los ist“, daß es aber auch so schwer ist, eine sachliche, d. h. wirkliche Politik nach wohlüberlegten Richtlinien auf Jahre oder gar Jahrzehnte vorzunehmen, zu betreiben, wie es doch eigentlich sein muß. Dennoch aber hat sie im vergangenen Jahre sonderbar politische Verhältnisse aufzuheben und durch sie kommen, daß wir den Frieden wieder — trotz der fortwährenden Depression — eine feste Grundlage geben konnten. Wir haben jedoch manches tun können, um den Ablauf der Konjunktur zu erleichtern. Die Arbeitslosenversicherung konnte besonders dank der Arbeitnehmerschaft leicht in ihren Leistungen gesichert werden. Wie denn überhaupt unser ganzes soziales, soziales und wirtschaftliches Leben glücklicherweise, und ich sage es ausdrücklich dabei, keineswegs nur durch die Tätigkeit der politischen Organe, sondern mindestens ebenso sehr durch die Tätigkeit und Ordnungstreue aller Vernünftigen in Stadt und Land vor den Katastrophen bewahrt geblieben ist, die zeitweilig ernsthaft drohten. Wenn es aber heute gibt, die da meinen und anrufen, wir stecken ja schon mitten in der großen Katastrophe drin, so kann man demgegenüber nur sagen: sie wissen nicht, was sie reden.

Wenn ich an der Schwelle zum neuen Jahre uns allen politisch etwas ganz Neues und Großes wünschen darf, dann ist es dieses: möge unser Volk in seiner Gesamtheit, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensaltern zunehmend in der Fähigkeit und Geschicklichkeit, seine großen Anliegen und unerlässlichen Kräfte richtig zu behandeln und einzusetzen — besonders im Politischen —, möge es also einsehen, daß alle praktische Politik Aufbau ist, daß aber alles Aufbauen nicht darin besteht, daß alles an gleicher Zeit getan wird, sondern daß ein Stein nach dem anderen folgt. Und lernen wir: Was halten, nicht nur im Politischen, sondern auch in den Forderungen an unsere Politik. Sie kann viel, aber sie kann die Menschen nicht glücklich machen.

Für sein Spezialgebiet, die Wehrmacht, und auch für die Wehrhaftigkeit und den Selbstbehauptungswillen trat der Reichswehrminister in einer Rundfunkrede ein. General Groener stellte zunächst fest, daß die heutige Wehrverfassung dem Willen des deutschen Volkes widerspreche. Dann ging er auf den ungeheuren Gegensatz zwischen den Deutschland auferlegten Beschränkungen im Ausbau seiner Wehrmacht und dem Ergebnis der letzten Genfer Abrüstungsabreden ein und führte aus:

Deutschland verlange für sich das gleiche Maß an Sicherheit, das alle anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Die Welt dürfe über die Tragweite dieser Frage nicht im Unklaren bleiben. Es handele sich hier um eine Lebensfrage nicht nur für uns, sondern auch für den Völkerverbund und die Zukunft der Welt. Der Aufbau der deutschen Wehrmacht unter den vorgeschriebenen Bedingungen stelle an die Selbstbehauptung und die Wehrhaftigkeit und das Staatsbewußtsein der Reichsbürger die höchsten Anforderungen. Aus der Aufhebung dieser Beschränkungen unter dem Eindruck der gegenwärtigen Lage sei ein ernsthafter Prozeß sichtbar geworden, wie sie im Weltkrieg von Frankreich über ihre strenge Unterdrückung. Die Reichswehr dürfe niemals eine Präventivarmee werden, die nach eigenem Gutdünken in die Geschicke des Staates eingreife. Unabhängig vom Streik der Partei habe die Wehrmacht nur dem Staat zu dienen. Die Reichswehr könne weder einen Rechts- noch einen Vorkurs. Niemand in Deutschland wolle einen Krieg, aber die Landesverteidigung sei eine Lebensfrage der Nation. Ohne Wehrhaftigkeit und Selbstbehauptungswillen könne kein großes Staatswesen bestehen.

Der Wehrminister hat sich diesmal jedes Angriffes auf die Nationalsozialisten enthalten. Vielleicht kommt er noch und noch dahinter, daß er mit seinen bisherigen sozialistischen Freunden unendlich ein Programm der Wehrhaftigkeit und des Selbstbehauptungswillens durchführen kann, und daß er dazu die Hilfe der NSDAP. braucht. Das wäre eine Neujahrserleuchtung, die im allgemeinen Interesse sehr zu begrüßen wäre, vor allen Dingen auch im Interesse der Reichswehr selbst.

Tatsache ist, daß der Aufstieg der nationalen Welle wie ein roter Faden durch diese Neujahrsbetrachtungen geht, wenn man im Einzelnen auch nicht mit ausdrücklichen Worten daran rührt. Auch der bekannte französische Halbsozialist Herriot, der einen mit: Wir wollen zusammenarbeiten überschriebenen Artikel in der Berliner Presse veröffentlicht, kann nicht umhin, die innenpolitische Wandlung in den Mittelpunkt seiner Betrachtung zu stellen. Er führt u. a. aus:

Ich bin nicht der Ansicht, daß das Jahr 1930 für die Sache der Annäherung gut gewesen wäre. Wenn ich das sage, will ich nicht nur auf die deutschen Wahlen anspielen. Ich meine vielmehr eine Gesamtheit von Faktoren in Betracht, die in meinen Augen einen Rückschritt auf dem Wege des Friedens zu kennzeichnen scheint. Jedenfalls, ganz allgemein gesprochen, der Geist der Freiheit und die demokratischen Einrichtungen in Europa schwere Schläge erduldet. Und so glaube ich mehr denn je an die unabwendbare uralte Verfestung von Diktatur und Krieg.

Das Jahr 1931 wird sehr bedeutsam, wenn nicht gar entscheidend sein. Die Enttäuschungen, die wir erlitten haben, vermindern weder unsere Kaltblütigkeit noch unsere Entschlossenheit. Ich sehe wohl ein, daß Deutschland unter einer schweren Wirtschaftskrise leidet, und die französischen Demokraten wären sicherlich alle bereit, Ihnen zu helfen, wenn man ihnen die Mittel dazu anbieten würde. . . . Arbeiten wir also weiter zusammen, deutsche Demokraten und französische Demokraten, deutsche Republikaner und französische Republikaner. Der Weg wird schwer zu bahnen sein. Aber für dieses Problem, genau wie für alle anderen gibt es keine andere Methode als die Weisheit und die Aufrichtigkeit.  
Auch Herr Herriot wird sich daran gewöhnen müssen, daß es noch andere Menschen auf der Welt gibt, als solche, die er mit Demokraten und Republikaner bezeichnet. Seine These, daß Diktatur und Krieg dieselben Begriffe seien, ist nichts weiter als alberne Schwärmerei. Vielleicht unterhält sich der Franzose mal über diese Frage mit Mussolini, der eben in einer an das amerikanische Volk gerichteten Rundfunkrede ausdrücklich erklärte, Anschuldigungen, daß der Faschismus eine Gefahr für den Weltfrieden darstelle, seien grundlos. Jedenfalls steht fest, daß das demokratische Regime in Frankreich bisher die größte Gefahr für den Weltfrieden gewesen ist. Sowohl vor 1914 als nach 1918.